

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : die reichen Völker helfen nicht ; Amerika in Südostasien ; Der Weg Kubas ; Kapitalismus oder Sozialismus? : In England... ; ...und Italien ; Westdeutsches Erwachen?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141185>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die reichen Völker helfen nicht Die Erde ist ein Narrenhaus. So würde zweifellos ein vernunftbegabtes Wesen urteilen, das von irgendeinem Stern im Weltraum auf unseren Planeten verschlagen würde, wenn es mitansähe, wie wir's treiben. Die Erde könnte bei planvoller Ausnützung aller Möglichkeiten gut 35 Milliarden Menschen ernähren. In Wirklichkeit sind von den nur drei Milliarden Erdenbewohnern, die man heute zählt, fast zwei Drittel unterernährt. Diese unterernährten und sonst unterentwickelten Völker kämpfen leidenschaftlich um ihren Aufstieg zu einem würdigen Menschentum – aber die führende Großmacht unserer Erde, die Vereinigten Staaten von Amerika, kämpft ebenso leidenschaftlich gegen grundlegende soziale Umwälzungen, die doch eine Hauptbedingung solchen Aufstiegs sind, mit Geldausgaben, die geradezu phantastisch anmuten. Die meisten anderen größeren und kleineren Staaten bereiten sich auf einen dritten Weltkrieg mit Militärrüstungen vor, die sie schon bald nicht mehr tragen können. Einige von ihnen werfen nicht weniger irrsinnige Summen für die Eroberung des Weltraums aus, nicht zuletzt ebenfalls im Blick auf einen möglichen kriegerischen Machtkampf. Aber für eine ihres Namens einigermaßen würdige Hilfe an die «zurückgebliebenen» Völker fehlt es vorn und hinten an Geld. Und das alles soll man noch anders denn als gefährlichste Geisteskrankheit bezeichnen?

Besonders stoßend ist es natürlich, wie die wohlhabenden Völker die armen Nationen ihrem Schicksal überlassen. Der neueste Bericht der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft stellt fest, daß die Versorgung der Welt mit Lebensmitteln heute weniger gesichert sei als jemals seit dem Zweiten Weltkrieg. In den Entwicklungsgebieten Afrikas, Lateinamerikas und Ostasiens sei in den letzten Jahren die Erzeugung von Lebensmitteln um 4 bis 5 Prozent zurückgegangen; in Nordamerika sei sie um 4 Prozent und in Europa um weniger als ein Prozent gefallen, bei einer Vermehrung der Erdbevölkerung um 170 Millionen zwischen 1962 und 1965. Gewiß wird an «Entwicklungshilfe» von den reichen Völkern allerlei geleistet. «Aber», so bemerkt Mervyn Jones im «New Statesman» (7. Oktober), «die arme Welt ist groß; sie umfaßt 2500 Millionen Menschen (mit China). Für die meisten von ihnen *geschieht nichts*. Die Bemühungen um Besserstellung, mögen sie nun von dem betreffenden Land selbst oder als Hilfe von der reichen Welt ausgehen, sind nicht einmal ein Tropfen in einen Eimer, und dazu ein Tropfen, der in die vergebens darauf wartenden Eimer meistens überhaupt nicht fällt.» Dabei wird der Abstand zwischen reichen und armen Ländern immer größer. Die wirtschaftliche Gesamterzeugung der reichen Länder (ihr «Volkswohlstand») nimmt seit 1950 um jährlich 3,3 Prozent je Kopf der Bevölkerung zu; in den armen Ländern betrug sie 2,5 Prozent von 1950 bis 1955 und nur 1,4 Prozent seit 1960.

«Vielleicht außer China», so meint der englische Sachkenner, «kann daher

die arme Welt im ganzen keine Fortschritte aus eigener Kraft machen, geht vielmehr wahrscheinlich einer Katastrophe entgegen ohne Hilfe aus der reichen Welt. Man kann den Politikern und Stimmbürgern der reichen Welt gegenüber viele Gründe des Eigennutzes geltend machen; im Grund ist aber die Frage eine solche der Moral: Liegt uns überhaupt genug an der Hilfe?» Die Hilfeleistung der reichen Völker krankt tatsächlich an schweren Übeln. Für das schlimmste hält Jones den Umstand, daß die Hilfe fast immer nur zweiseitig ist, also vom einzelnen Geber zum einzelnen Empfänger geht. Denn das heißt, daß sie ganz ins Ermessen des Geberlandes gestellt bleibt, das offen oder verschleiert Bedingungen daran knüpft, die seinem eigenen Vorteil dienen, und daß die dergestalt verabreichte Unterstützung ganz unberechenbar ist. «Ein Schützling der Vereinigten Staaten wie Formosa oder Südkorea bekommt ein weit größeres Stück des Kuchens, als was eine vielseitige Körperschaft, in der Inder und Afrikaner maßgebend mitzureden hätten, als gerecht erachten würde. Die Hilfe scheidet die arme Welt in Einflußzonen; fast alle Hilfe an Lateinamerika kommt von den Vereinigten Staaten, französische Hilfe kommt in überwältigendem Maß früheren Kolonien zugut, britische Hilfe ebenso Commonwealth-Ländern.» Dazu spielen innerpolitische Erwägungen aller Art eine wesentliche Rolle bei der Zuteilung von Hilfsgeldern an unterentwickelte Länder. Und nicht zu vergessen: Was die wirtschaftlich und kulturell «fortgeschrittenen» Länder den «zurückgebliebenen» mit der einen Hand an Hilfe geben, nehmen sie ihnen oft genug mit der anderen größtenteils wieder weg, indem sie ihnen für ihre Ausfuhr Güter niedrigere Preise als vorher bezahlen. Sie sind es ja, die die Weltmärkte beherrschen.

«Die reiche Welt», so faßt Jones zusammen, «hilft jetzt der armen im Ausmaß von gerade etwas mehr als einem Pfund Sterling (etwa 12 Schweizer Franken) im Jahr für jeden Mann, jede Frau, jedes Kind auf der Empfängerseite der Schranke. Und auch das ist nur der Durchschnitt, bei dem die Ungleichheiten und Vergeudungen der Hilfe außer acht gelassen werden. Es bedarf sicher keines Beweises dafür, daß dies auch als Armenunterstützung vollkommen unzulänglich ist.» Die Kluft zwischen reichen und armen Völkern, die ohnehin groß genug ist, verbreitert sich nur immer mehr, wenn es so weitergeht wie bisher. Und wenn es dann zu gewaltsamer Selbsthilfe in der Welt der armen, untermenschlich dahinlebenden Völker kommt, dann ist das natürlich wieder verdammungswürdiger Kommunismus, der mit dem Aufgebot aller Machtmittel niedergeschlagen werden muß...

Amerika in Südostasien

Für uns war es niemals zweifelhaft, daß alle solchen Versuche, die Revolution der armen, «rückständigen» Völker zu ersticken, zum Scheitern verurteilt sind, mögen sie auch im Namen der höchsten Menschheitsideale unternommen werden. Die Vereinigten Staaten werden das auch an *Vietnam* erleben, so fest sie gerade jetzt von ihrem kommenden militärischen Sieg über die «Kommunisten» überzeugt scheinen. Daran ändert auch die große Reise Präsident Johnsons nach Südostasien, Australien und Neuseeland nichts, die

mit so gewaltigem Propagandaaufwand in Szene gesetzt wurde. (Der Sonderberichterstatte der «Neuen Zürcher Zeitung» bezeichnete den kurzen Halt Johnsons in einem amerikanischen Stützpunkt an der südvietnamesischen Küste sogar als ein Ereignis «von welthistorischer Bedeutung».) Wie hoch phantasievolle Journalisten und Radiosprecher auch den «psychologischen» Ertrag der «Triumphfahrt» Johnsons bewerten mögen – zum vorausgenommenen Endsieg der amerikanischen Waffen hat sie kaum viel beigetragen. Und erst recht nichts zu einem für beide Teile annehmbaren Verhandlungsfrieden. Die entscheidende Bedingung, die Johnson dafür nannte – Einstellung des «kommunistischen Angriffs auf Vietnam» –, wiederholt ja nur die alte Lüge, auf der Amerikas «schmutziger Krieg» beruht. Was freilich nicht besagen soll, daß der Vietkong und Nordvietnam recht hätten mit ihrer Forderung, die Vereinigten Staaten müßten bedingungslos Vietnam räumen. Dazu wird sie auch der längste Widerstand der Aufständischen und ihrer Verbündeten nicht zwingen können; er wird nur immer schwerere Opfer an Gut und Blut von dem Volk Vietnams fordern. Der erste Schritt zu Friedensverhandlungen muß freilich der unwiderrufliche Verzicht der USA auf den Luftkrieg gegen Nordvietnam sein. Den zweiten hätte dann aber Nordvietnam selber zu tun mit der Erklärung seiner Bereitschaft, Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Selbstbestimmung Südvietnams im Innern und nach außen zu sichern.

Dazu gehörte allerdings ein klares Abrücken Nordvietnams von *China*, dessen Führer sich in eine völlig wirklichkeitsfremde Vorstellung von einem nahe bevorstehenden weltweiten Revolutionskrieg gegen den westlichen Imperialismus hineingesteigert haben.* Daß man in Hanoi schon soweit sei, dafür fehlen aber bisher ernstliche Anzeichen. Die *Russen* ihrerseits hüten sich, auf Nordvietnam einen Druck auszuüben, der es zum Einlenken auf Verhandlungen veranlassen könnte. Sie begnügen sich mit einer begrenzten Militär- und Wirtschaftshilfe an Hanoi und dauernden Papierprotesten gegen die amerikanische Kriegführung, glauben aber nicht an eine Ausweitung des Vietnamkrieges nach China hinein. Für sie handelt es sich um einen örtlich eingeschränkten Krieg, der die Weltstellung der sozialistischen Staaten nicht bedrohe, wenn sie auch gewiß wünschen, daß der Brand bald gelöscht werde. Auf einen Bruch mit Amerika wollen sie es wegen Vietnams keinesfalls ankommen lassen, schon um nicht gemeinsame Sache mit China machen zu müssen. Sie lassen sich von den Chinesen lieber als Verräter am Sozialismus und am Befreiungskampf der unterentwickelten Völker beschimpfen, als daß sie sich auf die, wie sie überzeugt sind, gefährliche weltpolitische Linie Pekings drängen lassen und damit ihren Anspruch auf Führung im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus verlieren.

Das weiß man natürlich in Washington auch. Man hat darum dort wenig

* «Der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanischen Angreifer», so sagte kürzlich Mao in einer Botschaft an die albanischen Kommunisten, «läßt einen revolutionären Sturm in Asien, Afrika und Lateinamerika voraussehen, der der ganzen Welt des Imperialismus einen überwältigenden und entscheidenden Schlag versetzen wird.»

Grund, die sowjetischen Proteste gegen den Vietnamkrieg der Vereinigten Staaten tragisch zu nehmen oder gar einem sowjetischen Druck zugunsten eines amerikanischen Rückzugs aus Vietnam oder wenigstens eines Verzichtes auf die Zerstörung Nordvietnams nachzugeben. Im besten Fall hat man in Washington durchblicken lassen, daß man zurzeit an keinen Angriff auf die großen Städte und Industriemittelpunkte Nordvietnams und noch weniger an einen Landkrieg gegen Nordvietnam denke. Wieviel Vertrauen solche Zusagen verdienen, bleibe dabei ebenso dahingestellt wie die Aufrichtigkeit der amerikanischen Versicherungen, daß den USA ein Schlag gegen das kommunistische China fernliege.

Fest steht jedenfalls zweierlei. Erstens: daß anlässlich Präsident Johnsons Besuch in Bangkok die tatsächlich schon längst bestehende Waffenbrüderschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Thailand in aller Form besiegelt worden ist. Thailand soll noch mehr als bisher in den Dienst des amerikanischen Krieges gegen Vietnam gestellt werden, nämlich auch als machtvoll auszubauende Ausgangsstellung für den Luftkrieg gegen Nordvietnam. Schon jetzt stehen in Thailand mehr USA-Truppen als in Südvietnam vor Eröffnung des Luftkrieges gegen Nordvietnam standen, und ihre Zahl soll über den gegenwärtigen Bestand (30 000 Mann) hinaus noch weiter vermehrt werden. Das spricht nicht für eine Fortsetzung der amerikanischen Kriegsanstrengungen bloß im bisherigen Tempo und Ausmaß.

Dies um so weniger, als es – und das ist die zweite Feststellung, die zu machen ist – ein Hauptzweck von Johnsons Besuchsreise nach Südostasien offenkundig war, unter amerikanischer Führung einen *Dauerblock* der großen und kleineren Staaten des westpazifischen Raumes *zum Kampf gegen China* zustande zu bringen. Der Kalte Krieg, der in Europa so lange Jahre gegen die Sowjetunion geführt wurde, jetzt aber sogar für die hitzigsten Scharfmacher in den Vereinigten Staaten fast gegenstandslos geworden ist, soll nach Ostasien verlagert werden; die «chinesische Drohung» soll nun, allen Tatsachen zum Trotz, den Völkern Süd- und Südostasiens so grell vor Augen gezaubert werden, daß die militärische und wirtschaftlich-politische Anwesenheit Amerikas in diesem ganzen Erdteil als selbstverständliche Notwendigkeit erschiene. Noch fehlt Japan – obwohl längst nur noch ein halb-souveräner Satellit der USA – in dem Kreis der westpazifischen Länder, die an der Manilakonferenz vertreten waren und von Präsident Johnson besucht wurden; aber es ist durch seine geographische Lage wie durch seine mächtige Kriegsindustrie und seine militärische Schlagkraft geradezu vorbestimmt, Amerikas Hauptstütze in seinem Streben nach Beherrschung Ostasiens zu werden, so daß es den ihm zugedachten Platz bei der Verwirklichung des jetzt vielgenannten «Großen Planes» für Asien mit Sicherheit einnehmen wird – sofern sich der Traum vom «Amerikanischen Frieden» für den Osten nicht ebenso verflüchtigt, wie er sich für den Westen verflüchtigt hat.

Denn was die Führungsschicht der Vereinigten Staaten jetzt mit Ost- und Südostasien im Sinn hat, trägt so deutlich sichtbar den Stempel des sträflichen Größenwahns und der herausfordernden Vermessenheit, daß die Weltpolitik Washingtons völlig sicher das Gericht über sich heraufbe-

schwört, wenn sie sich von ihrer Linie nicht noch rechtzeitig abkehrt. Der Vietnamkrieg ist schon ruchlos genug; was aus ihm hervorgehen soll, wenn er gewonnen wäre, übersteigt vollends das Maß dessen, was sich gottähnlich dünkenden Staatsführern erlaubt ist, ohne daß sie ihr Land in schwerstes Unglück stürzen.

Der Weg Kubas Neben Ost- und Südasiens wird in den kommenden Jahren namentlich auch *Lateinamerika* mehr und mehr in den Vordergrund der Weltbühne treten. Immer offenkundiger reift in diesem Erdteil eine ausgesprochen kritische Lage heran. Die Nutznießer der bestehenden Ordnungen fürchten die Wandlung, die sich da vorbereitet; ihre Gegner ersehnen sie ungeduldig. Und beide schauen gebannt auf *Kuba* als möglichen Vorläufer kommender Umwälzungen in Mittel- und Südamerika. Fassen wir darum heute gleichfalls Kuba und *seinen* Weg zu einer neuen sozialen und politischen Ordnung ins Auge, um in den folgenden Übersichten die mehr oder weniger revolutionären Bewegungen anderer lateinamerikanischer Länder kennen zu lernen.

Was hat Kuba unter Fidel Castros Führung und auf seinem Weg der gewaltsamen Befreiung von in- und ausländischer Volksausbeutung tatsächlich erreicht? Wer keine eigene Anschauung von der Lage Kubas hat, findet es natürlich schwer, zu einem zuverlässigen Urteil darüber zu kommen. Am sichersten fährt man wohl, wenn man sich weder an die grau in grau gefärbten Schilderungen bürgerlich-kapitalistischer Kubareisender hält noch an die eher rosig anmutenden Darstellungen aus kommunistischer Quelle, vielmehr Beobachter reden läßt, die auf unabhängig sozialistischem Boden stehen und sich den Blick durch keine Zweckpropaganda trüben lassen.

Zunächst also: Wie ist die wirtschaftliche und geistige Lage des kubanischen Volkes? Havana, die Dreimillionen-Hauptstadt des Insellandes, wird uns als eine der frohmütigsten Städte der Welt geschildert, wie sie es schon in den «goldenen Zeiten» der nordamerikanischen Herrschaft gewesen sei. Trotz allen Erschwerungen des Daseins, die das neue Regime gebracht hat, und trotz allen Aufrufen zu revolutionärer Zucht und Tätigkeit – so hören wir – bleibt strenge Arbeit nach wie vor etwas Peinliches und Unbeliebtes. Man läßt sich gern gehen und huldigt jener Unbekümmertheit und Schlamperei, die für lateinamerikanische Völker anscheinend das Natürliche ist.

Auf dem Land sind die Verhältnisse begreiflicherweise recht verschieden von denjenigen in den Städten. Im ganzen kann man aber sagen, daß sich die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Wohnung gegenüber früher fühlbar gebessert hat. Die jahreszeitliche Arbeitslosigkeit, die in den Gebieten mit Zuckerpflanzungen ein Hauptübel war, ist dort verschwunden, hat sich aber in versteckten Formen zum Teil einfach nach den Städten verlagert. Die Preise der meisten Waren sind hoch und die Güterauswahl begrenzt. Eine Reihe von Nahrungsmitteln ist rationiert und oft schwer zu haben, namentlich Gemüse. Viele Arbeiter und Angestellte essen jedoch in den Werkkantinen gut und billig ohne Rationierungskarten. Brot, Eier,

Speiseöl, Fruchtsäfte und dergleichen sind jetzt frei und billig. Kleider und Schuhe sind rationiert und sehr teuer. Der Schwarzhandel blüht natürlich wie eh und je. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind meistens in gutem Zustand, besonders in Havana. Abfuhrwesen und Wasserversorgung arbeiten in den Städten vorzüglich.

Für Volksbildung und Volksgesundheit wird heute viel mehr getan als unter dem alten Regime. Alle Kinder besuchen die Primarschule (früher kaum die Hälfte); Sekundarschulbildung genießen dreimal soviel Kinder wie vor der Revolution. Der Unterricht selbst leidet sehr unter Lehrermangel. Ungenügend ist besonders auch die Hochschulbildung, während die politische Schulung aller Volksschichten nichts zu wünschen übrig läßt. Daß sich der Gesundheitsstand der Bevölkerung bedeutend gehoben hat, ist der Eindruck so ziemlich aller Besucher Kubas. Gewisse Krankheiten wie Tuberkulose sind fast ausgerottet. Das gleiche gilt für die Prostitution; die 50 000 Dirnen, die es seinerzeit allein in Havana gab, sind «umgeschult» und ins gesunde Leben eingegliedert worden. Soweit noch Nachtlokale geduldet werden, führen sie ein kümmerliches Dasein. Das geistige Leben kann sich unter dem Druck der Zensur nicht frei entfalten, läßt aber doch künstlerischen und kulturellen Betätigungen einen verhältnismäßig großen Spielraum. Erstaunlich ungescheut sollen sich die Kubaner in der privaten Unterhaltung auch über politische Dinge äußern, während in der Presse kaum je so etwas wie Widerspruch gegen «oben» zum Ausdruck kommt. Daß von Rassenschranken keine Rede ist, versteht sich wohl von selbst; die Hälfte der Bevölkerung dürfte aus Negern und Mulatten bestehen.

Bei alldem ist freilich Kuba von einer planmäßig sozialisierten Wirtschaft noch weit entfernt. Soviel Einzelbetriebe und Wirtschaftszweige auch schon im Gemeinbesitz stehen: der große ursprüngliche Plan Castros, die einseitig entwickelte Zuckererzeugung zurückzubilden, die Landwirtschaft in mannigfache Betriebszweige aufzugliedern und ihr eine umfassende, vielseitige Industriewirtschaft an die Seite zu stellen, konnte nicht verwirklicht werden. Die Zuckererzeugung soll jetzt sogar höher getrieben werden als je – bis auf 10 Millionen Tonnen im Jahre 1970 –; aber die große Frage ist, ob und wie diese Riesenproduktion bei dem wachsenden Angebot von Zucker auf dem Weltmarkt überhaupt abgesetzt werden kann. Bis jetzt ist es die Sowjetunion, die hier hilfreich eingesprungen ist – aber wie lang wird sie wirklich die Vereinigten Staaten ersetzen können, die früher fast die ganze Zuckerproduktion Kubas abgenommen haben?

Inzwischen beherrscht die Sowjetunion Kuba nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Fidel Castro selbst ist zwar alles andere als ein Kommunist nach marxistisch-leninistischem Schema. Er ist viel zu sehr unabhängiger, sozusagen triebhafter Revolutionär, als daß sich Moskau dauernd auf ihn verlassen könnte. Dennoch fügt er sich mindestens äußerlich dem Zwang der Umstände, und wenn neben und unter ihm auch Alt- und Neukommunisten verschiedenster Prägung im Regierungsapparat wirken, so ist seine persönliche Führerstellung doch so fest und seine Volkstümlichkeit noch so groß, daß man in Moskau nicht hoffen darf, ihn mit dem Sowjet-

kurs wirklich gleichzuschalten, am wenigsten mit der Politik der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit zur Erhaltung des Weltfriedens. Castros Name bleibt wohl dauernd mit dem bewaffneten Kampf unterentwickelter Völker gegen den nordamerikanischen Imperialismus verbunden.

Wenn aber Castro plötzlich vom Schauplatz verschwände – was dann? Man hat mit etwelchem Recht gesagt, in den Vereinigten Staaten ertrage man es schwer, daß der eigene Präsident, der vor vier Jahren Kuba mit Krieg bedrohte, nachher ermordet wurde, Castro aber fröhlich weiterleben dürfe. Allein im laufenden Jahr sind mindestens zwei Anschläge auf Castros Leben gemacht worden, die man mit der amerikanischen Spionage- und Umsturzzentrale in Zusammenhang bringt. Und offenbar rechnet Castro selber dauernd mit Versuchen, ihn zu beseitigen, verbringt er doch, wie es heißt, fast jede Nacht an einem anderen Ort, nicht nur weil er etwas von einem Zigeuner hat, sondern weil er wirklich um sein Leben fürchtet. Aber es müßte schon eine stille Gegenrevolution auf Kuba im Gang sein, wenn der Tod Castros auch einen Zusammenbruch seines ganzen Regiments zur Folge haben sollte. Und dafür fehlen bisher zwar nicht alle, aber doch die entscheidenden Voraussetzungen. Daß in den ersten drei Jahren von Castros Regierung (zwischen 1959 und 1962) etwa 300 000 Kubaner freiwillig ins Ausland wanderten, die meisten nach den Vereinigten Staaten, und daß auf Grund eines 1965 getroffenen Abkommens neuerdings jeden Monat 4000 weitere Kubaner der Heimat den Rücken kehren, gibt doch zu denken. Es weist zum mindesten darauf hin, daß für breite Volksschichten in Kuba die «gute alte Zeit» nordamerikanischer «Freundschaft» ihren Glanz noch nicht verloren hat und daß eine neue Hinwendung Kubas zu dem großen Nachbarn im Norden mindestens auf keinen großen Widerstand stoßen würde, falls sie unter Umständen erfolgte, die Kuba nicht neuerdings zur bloßen Kolonie Washingtons – in der Art von Santo Domingo oder Peru – herabdrücken würde.

Auf jeden Fall spielt Kuba in der lateinamerikanischen Wirklichkeit nicht mehr die Rolle des Vorbildes und Vorläufers im bewaffneten Kampf gegen den USA-Imperialismus, die sich das Regime Castros gern zulegt. Es hat seinen eigenen Weg zur Befreiung gefunden und kann stolz darauf sein; aber die anderen lateinamerikanischen Länder, deren «rückständige» Proletariatsmassen von den verbündeten Herrenklassen des In- und Auslands so schwer ausgebeutet werden, müssen wohl *ihren* Weg selber suchen, so wie es ihre besonderen Lebens- und Kampfbedingungen verlangen.

Kapitalismus oder Sozialismus? In England . . .

Nach dem britischen Gewerkschaftsbund hat im Oktober auch der Labourparteitag dem *Spar- und Sperrprogramm der Regierung Wilson* mit großer Mehrheit zugestimmt. Wilson hätte zwar – wie er unzweideutig zu erkennen gab – seine Politik auch weitergeführt, wenn der Parteitag nein gesagt hätte; er sei, so betonte er, nur dem nationalen Parlament und vor allem der Labourfraktion verantwortlich, die er natürlich sicher in der Hand hat. Aber daß auch das

Partei-Parlament seinem Kurs folgt, ist ihm trotzdem recht wertvoll, zumal er sich genötigt gesehen hat, den Lohn- und Preisstopp gesetzlich vorzuschreiben, statt ihn der Freiwilligkeit zu überlassen.

Die Gewerkschaften – die ja auch in der Partei das entscheidende Wort haben – stellen eben meistens eine sehr einfache Überlegung an. Wir bedauern zwar, so schrieb zum Beispiel das Organ des Gemeindearbeiterverbands, «Journal» (Septemberheft), die Notwendigkeit von Maßnahmen, die die Ausweitung der Wirtschaft zeitweilig opfern, die Arbeitslosigkeit vermehren und die Erhöhung der Lebenshaltung verzögern. Aber, so heißt es dann, wir müssen eben zu dem Schluß kommen, «daß Arbeitsplätze und Löhne in Zukunft noch schwerer betroffen würden, wenn die Maßnahmen (der Regierung) weiter hinausgeschoben würden. Verschiebung würde eine schwerere Krise für später bedeuten: noch schärfere Deflation, mit noch größerer Einbuße von Arbeitsplätzen und Löhnen und mit der grimmigen Aussicht, daß die Wirtschaft länger brauchen würde, um sich zu erholen. Kurz, nicht nur größere, sondern längere Arbeitslosigkeit.»

Das tönt in den Ohren des Durchschnittsarbeiters ganz vernünftig und wirklichkeitsgemäß – aber eben nur, wenn man sich *auf den Boden der bestehenden Ordnung* stellt. Der Schluß müßte ganz anders lauten, wenn man, wie es die Labourpartei nach ihrem Programm eigentlich tun müßte, den *Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus* erstrebte. Dann müßte den Arbeitern und Angestellten gewiß auch ein Lohnstopp zugemutet werden, aber nicht mehr im Rahmen einer im übrigen nichtgeplanten Wirtschaft, die vom Gewinnstreben beherrscht ist, sondern im Rahmen einer geplanten Gemeinwirtschaft, zu deren Nutznießern schon recht bald Arbeiter und Verbraucher gehören würden. Gerade davon, von einem solchen «sozialistischen Experiment», will aber die große Mehrheit auch der englischen Arbeiter nichts wissen. Und die Labourführung erst recht nichts. Wilson will fast um jeden Preis an der Macht bleiben und die nächste Unterhauswahl gewinnen, und damit wäre es sicher nichts, wenn er die Wirtschaft Großbritanniens in der Richtung auf den Sozialismus umgestalten wollte. Er unterstützt darum mit Rücksicht auf das kapitalistische Amerika dessen Vietnamkrieg – wie sollte er da mit einem sozialistischen Programm nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern das ganze kapitalistische Europa und die Masse des britischen Volkes selbst herausfordern?

Aber ist die anscheinend konservativ-kapitalistische Wirtschaftspolitik der Labourregierung nicht doch nur ein taktischer Umweg zum Endziel des Sozialismus? Hat die Regierung mit ihren Zwangs- und Kontrollmaßnahmen jetzt nicht doch das Steuerrad in der Hand, um die britische Wirtschaft auf einen sozialistischen Kurs zu bringen, wenn einmal die schlimmste Krise überwunden ist? Das wird jetzt tatsächlich und in vollem Ernst von Sozialisten bejaht, die offenbar unter allen Umständen ihren Glauben an Wilson und seine Mannschaft nicht fahren lassen wollen. Allen voran steht hier eine Gruppe idealistischer Politiker um den «New Statesman». Mit vielen anderen Sozialisten inner- und außerhalb Englands glauben aber auch wir, daß

sich diese Anhänger Wilsons irren. Vor allem: Die heutige Labourregierung *will* gar nicht ihre außerordentlichen Vollmachten dazu benützen, England auf den Weg des Sozialismus zu führen, auch später nicht, wenn wieder einigermaßen «normale» Zustände in der Wirtschaft eingekehrt sein sollten. Ja dann erst recht nicht; dann würde es bestimmt heißen, man dürfe jetzt den so mühsam erreichten Normalzustand nicht durch revolutionäre Abenteuer wieder aufs schwerste gefährden. Das Ziel der Labourregierung würde dann nur sein, was es von Anfang an war: die kapitalistische Wirtschaft leistungsfähiger, gewinnbringender, rationeller zu gestalten, damit auch Arbeiter und Angestellte davon eher profitieren könnten.

Aber auch wenn im Hintergrund von Wilsons Plänen wirklich ein sozialistisches England stünde, wäre die Politik der harten Einschränkungen und Sperrmaßnahmen der denkbar schlechteste Weg dazu. Mit «vorläufig» konservativ-kapitalistischen Krisenheilmitteln kann man nicht die Voraussetzungen für eine Gesundung der Wirtschaft im Geiste des Sozialismus schaffen. Wenn die Labourregierung vor dem Entschluß zurückschreckt, eine *allseitig* geplante Wirtschaft in Gang zu bringen, also nicht bloß Löhne und Preise zu lenken, sondern auch Gewinne, Aktienkurse, Grund- und Bodenbesitz, Kapitalanlagen, Außenhandel usw., dann bekommt eben die «freie Marktwirtschaft» fast gesetzmäßig das Übergewicht über alle Planung im Dienste des Volksganzen. Und die Regierung wird einfach gezwungen, immer folgerichtiger zu Deflation, Krediterschwerung, Pfundabwertung und dergleichen Aushilfen zu greifen. Schon jetzt nimmt die Arbeitslosigkeit schneller überhand, als man dachte, während die besitzende Klasse nur Beschränkungen zu tragen hat, die ihr wirklich nicht wehtun. Wenn diese Entwicklung gebremst werden soll, wird es der Labourregierung nicht erspart bleiben, *jetzt*, wo sie eine starke Mehrheit im Unterhaus hinter sich hat, den Grund zu einer geplanten *Volks-*(und nicht Privat-)Wirtschaft zu legen. Und sie wird Hand in Hand damit auch die drückenden *Rüstungsausgaben* abbauen müssen, die eine Hauptursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind. Findet sie die Kraft dazu nicht, dann kann man nur mit Sorge dem künftigen Geschick der Labourbewegung entgegensehen.

. . . und in Italien Die britische Labourpartei bleibt freilich mit ihrem gegenwärtigen Kurs nur dem Geiste treu, der sie – von radikaleren Randgruppen abgesehen – seit jeher beseelt hat. Und mehr und mehr sind ja auch die übrigen Parteien der Welt mit sozialistischem Programm dem gleichen Weg gefolgt. Wir haben hier oft genug diese Entwicklung zu einem grundsatzlosen bürgerlichen Reformertum gekennzeichnet, das sich behaglich in der kapitalistischen, wirtschaftswunderlichen Welt einrichtet, um jetzt nicht näher auf ihre Hintergründe und Formen eintreten zu müssen. Hingegen muß doch ein Wort zu der Rechtsschwenkung gesagt werden, die nun auch die Sozialistische Partei *Italiens* in aller Form vorgenommen hat. Sie war ja schon längst im Gang und ist an dieser Stelle wiederholt beschrieben worden. Aber die *Verschmelzung der Sozialistischen Partei Nennis mit der Sozialdemokratischen Partei Saragats* (des jetzigen

italienischen Staatspräsidenten) hat nun doch das Siegel auf diese Abdankung auch des italienischen Linksozialismus gedrückt.

Ich erinnere mich noch gut, wie an einer internationalen Konferenz von Linksozialisten in Paris, zu Anfang der dreißiger Jahre, neben Otto Bauer (Österreich), P. H. Spaak (Belgien), Bracke und Grumbach (Frankreich), Ehrlich und Alter (Polen) und anderen auch Pietro Nenni eine sehr radikal-sozialistische, kämpferische Haltung eingenommen hat. Nach dem Krieg arbeitete er denn auch, bei aller Abstandnahme von kommunistischen Dogmen, mit allen Bewegungen der sozialistischen Linken Italiens taktisch eng zusammen: auf parteipolitischem Boden, in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, in den Gemeinde- und Provinzverwaltungen usw. Saragat und sein Anhang sprangen indessen schon 1947 von der Sozialistischen Partei ab und gründeten ihre Sozialdemokratische Partei, die die Losung vom Kampf zwischen Demokratie (in ihrer bürgerlichen Form) und kommunistischer Diktatur als dem Kern der weltweiten Auseinandersetzungen politischer und gesellschaftlicher Art übernahm und sich in den Kalten Krieg des «Westens» gegen den «Osten» vorbehaltlos einordnete. Das half nicht unwesentlich mit, die damals auch in Italien gegebenen Möglichkeiten zu einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung gründlich zu zerstören. Die Partei Saragats nahm in der Folge an der Seite der konservativ-reaktionären Kräfte, besonders der sogenannten Christlichdemokraten, an allen Regierungen teil. Und mehr und mehr folgten auch Nenni und der rechte Flügel seiner Partei dieser Linie. Die Linke in ihr verlor zusehends an Kraft; eine ihrer Gruppen trennte sich auch äußerlich von der Partei und gründete die «Sozialistische Partei der Proletarischen Einigung»; aber die Mehrheit unter Nenni rückte planmäßig der (angeblichen) Koalition der Mitte näher, unterstützte ihre Regierung zunächst von Fall zu Fall und trat schließlich selbst in sie ein. Die Vereinigung mit der viel kleineren Partei der Sozialdemokraten, deren Denkweise und Haltung sie ja im wesentlichen längst teilte, war nur der logische Abschluß dieser Entwicklung.

Ich habe jetzt den Offenen Brief wieder hervorgesucht, den Lelio Basso, dieser klare, überlegene Vertreter eines charaktervollen Sozialismus, seinerzeit an seinen Freund Nenni richtete, um ihn vor dem Weg zu warnen, den er eingeschlagen hatte («Problemi del Socialismo», Dezember 1959). Sauber und gründlich legte Basso die Täuschung all derjenigen bloß, die an eine Liberalisierung und ehrliche Reformbereitschaft der Democrazia Cristiana glaubten, dieses Bollwerks der kapitalistischen, der klerikalen und der bürokratischen Herrschaftskräfte. «Ist», so fragte er, «ein Bündnis mit dieser Partei möglich zu dem Zweck, einen Fortschritt der Demokratie in Italien zu bewirken? Mir scheint es in die Augen fallend, daß ein Bündnis mit der DC unmöglich ist, solange die DC die Partei aller Katholiken bleibt, also auch der Kapitalisten, der Agrarier, der monopolistischen Industriellen, der vatikanischen Holdinggesellschaft und so weiter, es sei denn, man wolle annehmen, daß all diese Kräfte eines schönen Tages auf ihre eigenen Klassen-

ziele verzichten und bereit sind, sich von den sozialistischen Arbeitern führen zu lassen, um die Begehren des Klassengegners zu befriedigen.» Basso war überzeugt, daß es durch zielklaren Kampf der sozialistisch-demokratischen Kräfte möglich sei, die katholischen Arbeiter und Angestellten, aber auch die Bauern und die Mittelstandskreise, die jetzt noch in der DC zusammengefaßt seien, von ihr zu lösen und sie einer Volksfront zuzuführen, die die so nötige Erneuerung Italiens an Haupt und Gliedern durchsetzen könne. Was aber Nenni tue: aus Kleinmütigkeit und falschem Realismus den Kampf für eine freie sozialistische und wahrhaft demokratische Umgestaltung Italiens aufzugeben und einen Kompromiß mit der Partei der wirtschaftlich und sozial herrschenden Klassen einzugehen, das sei einfach Selbstaufgabe, Angliederung an die alten Herrensichten, denen nun auch die Unterstützung durch die Arbeiterklasse zuteil werden solle. «Es ist tatsächlich der Weg der deutschen Sozialdemokratie, der Weg von Bad Godesberg (mit dem dort beschlossenen neuen Parteiprogramm. H.K.), mit dem erschwerenden Unterschied freilich, daß wir in Italien sind, daß der italienische Kapitalismus ziemlich weniger reich ist und ziemlich weniger Spielraum hat als der deutsche und daß in Italien noch grundlegende Existenzfragen zu lösen sind.»

Bassos und anderer «Linker» Warnung war – wie schon damals sichtbar – in den Wind gesprochen. Die Sozialdemokratisierung der Nenni-Sozialisten ist Tatsache, und die Minderheit in der Partei, die gegen die Verschmelzung war, aber in der Partei bleibt, kann nichts mehr daran ändern, daß die Einheitspartei zur «subalternen Teilhaberin der Mehrheit» herabgesunken ist, wie Basso voraussagte. Natürlich versichern jetzt die von links her gekommenen Führer der Einheitspartei, mit dem Kapitalismus sei für sie kein Kompromiß möglich, die Kommunistische Partei solle nicht «isoliert» und die Zusammenarbeit der Linksgruppen in den Gemeinden und Provinzen nicht aufgegeben werden. Aber das sind doch nur Redensarten, die die Preisgabe sozialistisch-demokratischer Zielsetzungen und eines entschlossenen Kampfwillens durch die alten «Revolutionäre» wenigstens notdürftig verschleiern sollen. Tullio Vecchiotti, ein Führer der Partei der Proletarischen Einheit, hat schon recht, wenn er im «Mondo Nuovo» (30. Oktober) sagt, es sei «ein kolossaler Betrug», wenn die neue Partei sich die Kraft zuschreibe, Reformen im sozialistischen Sinn durchzuführen, «die die Sozialistische Partei schon seit einer Weile fallen gelassen und an die die Sozialdemokratische Partei nicht einmal gedacht hat». Der Reformismus der Einheitspartei sei lediglich auf die Rationalisierung und Modernisierung des Kapitalismus gerichtet – so wie es, fügen wir hinzu, auch die Politik Wilsons und der englischen Labourführer ist. Wie weit sie in Italien und England damit kommen, wird man ja sehen...

Westdeutsches Erwachen? Wohin die Sozialdemokratie in *Westdeutschland* auf ihrem «realpolitischen» Weg gekommen ist, das wissen wir längst. Sie macht nicht nur fast

vollkommen gemeinsame Sache mit der grundfalschen Außen- und Militärpolitik der bürgerlichen Parteien, die sie an Gehässigkeit gegenüber der «Sowjetzone» – der DDR – womöglich noch übertrifft; auch in der Innen- und Wirtschaftspolitik beschränkt sich bisher ihre Opposition auf Fragen, die den Kerngegensatz Kapitalismus-Sozialismus nicht berühren, und geht sogar in einer Lebensfrage der westdeutschen Demokratie (die sowieso erst in den schüchternsten Anfängen steckt) wie der Notstandsgesetzgebung ein vielleicht entscheidendes Stück weit Arm in Arm mit den Regierungsparteien. Ob das im Zusammenhang mit der gegenwärtigen *Koalitionskrise* anders wird, muß sich erst noch erweisen.

Diesmal scheint – im Unterschied zu dem kaum beigelegten kürzlichen Streit um die Wehrmachtführung – die Stellung des Bundeskanzlers und der Zusammenhalt der Regierungskoalition ernsthaft gefährdet zu sein. Die Krise nahm ihren Ausgang von der Frage, wie die auch in der Bonner Republik schwierig gewordene Lage der Staatsfinanzen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden solle. Die sogenannte Freie Demokratische Partei (FDP), hinter der ein bedeutender Teil des Unternehmertums steht, ist gegen kräftige Steuererhöhungen; die Christlich-Demokratische Union Erhards (CDU) hält sie für kaum noch vermeidbar. Aber der eigentliche Grund des Zwiespalts liegt tiefer. Die FDP deutete ihn an, als sie in einer Erklärung ihres leitenden Ausschusses feststellte: «Die Krise im Schoße der Christlich-Demokratischen Union hat die Tätigkeit der Regierung gelähmt. Die notwendigen Beschlüsse konnten nicht mehr gefaßt werden, und zwar wegen der in der Weltlage sowie in der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik eingetretenen Änderungen. Dasselbe gilt für die Innenpolitik.» Die FDP zog daraus die Folgerung, daß es Zeit geworden sei, aus der Regierung Erhard auszutreten.

Die Sozialdemokraten wurden noch deutlicher. Bevor es weiter gehe und nach der Sprengung der bisherigen Regierungsmehrheit eine wirklich handlungsfähige Staatsführung möglich werden solle, müßten – so ließen sie sich vernehmen – «die Bankrotteure der deutschen Politik erst einmal ihren eigenen Bankrott eingestehen. Sie müssen dem Volk die volle Wahrheit über den Zustand der deutschen Politik sagen». Als ob nicht die westdeutsche Sozialdemokratie am Bankrott der Bonner Außen- wie Innenpolitik selber mitschuldig wäre! Und als ob *sie* dem Volk jemals die Wahrheit über die Lage gesagt hätte, in die unter Erhard wie unter Adenauer die Bundesrepublik geraten ist! Ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten zu der Politik des Kalten Krieges gegen den Osten, zu dem blinden Antikommunismus, der diese Politik beherrscht, zu der verhängnisvollen Wiederaufrüstung Westdeutschlands, ja auch – grundsätzlich zum mindesten – zu der Notstandsgesetzgebung und zu der hartnäckigen Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik wäre die Bonner Republik nie so offenkundig konkursreif geworden, wie das nun die Sozialdemokraten selber einzusehen scheinen.

Auch der vielgerühmte Erfolg von Erhards Wirtschaftspolitik ist von

sozialdemokratischer Seite nie und jedenfalls nicht klar und folgerichtig genug als das Trugbild der spätkapitalistischen Niedergangszeit gekennzeichnet worden, das er tatsächlich ist. Jetzt mehren sich freilich die Zeichen, daß sich ein Konjunktumschwung vorbereitet, haben doch letzthin bei einer Meinungsumfrage 50 Prozent der in der westdeutschen Industrie Beschäftigten die Befürchtung geäußert, sie könnten in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren. In der Hamburger «Neuen Politik» (22. Oktober) sagt Wolf Schenke bereits voraus, daß «die schon begonnene Endphase der Bundesrepublik Deutschland» viel schlimmere Zustände bringen werde, als sie nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik über Deutschland gekommen seien. Damals habe es noch vieles gegeben, was heute nicht mehr vorhanden sei: zusammengebliebene Familien, Rechtlichkeit im Volk statt der jetzt so verbreiteten Profit- und Genußsucht, freiwillig zuchtvolles Verhalten um der Gesamtheit willen, eine im ganzen noch wenig korrumpierte Verwaltung und Wirtschaft usw. Entsprechend katastrophaler würden auch die Folgen sein: «Der Untergang Weimars war harmlos gegenüber dem, was für den Untergang der Bundesrepublik zu erwarten ist.»

Ähnliches befürchtet Heinrich Hannover in den Kölner «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Heft 9/1966) von der politischen Seite her: «Wir erleben in Deutschland den geradezu unheimlichen Vorgang einer Wiederholung der Geschichte der Weimarer Republik. Die gleichen hierarchisch strukturierten Machtkörper, an denen damals die Demokratie gescheitert ist, lassen sich von einem naiv gutgläubigen Parlament als Inhaber praktisch unbegrenzter Staatsgewalt legalisieren... Der ‚Notstand‘, für den in Deutschland Notstandsgesetze gemacht werden, ist da, wenn eines Tages die als ‚Gemeinwohl‘ getarnten Interessen der Großindustrie durch die demokratische Mehrheitsbildung des Volkes gefährdet werden sollten... Ohne bewußte politische Orientierung, ständig den antikomunistischen Gemeinwohlparolen sämtlicher Bundestagsparteien ausgesetzt, läßt sie (die heutige Generation) sich in die Fesseln eines neuen totalitären Systems schlagen, in dem der einzelne nur noch ausführender Funktionär einer den Interessen der Großindustrie dienstbaren Staatsgewalt ist.»

Man sieht, es geht in Westdeutschland nicht um eine andere Gruppierung der Regierungsmehrheit oder gar um die Person des Herrn Erhard; es geht darum, daß der von *allen* Parteien angerichtete Scherbenhaufen, vor dem die Bundesrepublik steht, abgeräumt und eine von Grund auf neue Staatsführung aufgebaut wird, die die unselige Vergangenheit endlich einmal bewältigt und Europa von der Unruhe und Drohung befreit, die von den Trägern des kapitalistisch-militaristischen deutschen Machtstaats und ihren Mitläufern schon seit hundert Jahren – seit Bismarck – ausgeht.

7. November.

Hugo Kramer